

Protokoll

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzung: Donnerstag, 19.01.2023

Ort: Stadthalle Braunschweig - Congress Saal, St. Leonhard 14, Zugang über Eingang "Ottmerstraße", 38102 Braunschweig

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 16:16 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Martin Albinus - Verwaltung

Herr Felix Bach - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE

Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE

Frau Antje Maul - CDU

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Bianca Braunschweig - BIBS

Herr Sebastian Fitzke - FDP

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Dirk Bitterberg - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Susanne Hartmann-Kasties - Träger der freien Jugendhilfe

Herr Dr. Marcus Kröckel - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Nicole Kumpis - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Ute Wasserbauer - Träger der freien Jugendhilfe

Frau Anita Adolf - Vertreterin ev. Kirche

Herr Holger Ewe - Vertreter kath. Kirche

Frau Ines Fricke - Vertreterin der Polizei

Herr Hakan Kiray - Vertreter der muslimischen Gemeinde

Frau Tiana Kruskic - Vertreterin der ausländischen Kinder und Jugendlichen

Frau Inés Lampe - Stadtjugendreferentin

Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Stellvertretende Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD
Frau Carola Ehlers - Vertreterin Sportjugend
Frau Anja Pethke - Träger der freien Jugendhilfe
Herr Jan Kiegeland - Jugendring Braunschweig e. V.

Verwaltung

Herr Ulf Niehaus - Verwaltung
Herr Benjamin Schneider - Verwaltung
Frau Kathrin Binnewies - Verwaltung
Frau Martina Müller - Verwaltung
Frau Barbara Reinmüller - Verwaltung
Herr Volker Tetzl - Verwaltung
Frau Melanie Esters - Verwaltung
Frau Andrea Streit - Verwaltung
Frau Leonie Kirchhoff - Verwaltung
Frau Kerstin Stang - Verwaltung

Abwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD entschuldigt

Mitglieder

Frau Ghislaine Sandrine Bakoben - CDU entschuldigt
Frau Petra Kusatz - Träger der freien Jugendhilfe entschuldigt
Frau Magdalena Duckwitz - Jugendrichterin entschuldigt
Frau Stefanie Fischer - Vertreterin der Lehrkräfte entschuldigt
Frau Laura Rasche - Vertreterin jugendlicher Arbeitnehmer*innen entschuldigt
Herr Volker Riegelmann - Jugendring Braunschweig e. V. entschuldigt

Stellvertretende Mitglieder

Herr Lars Falkenhein - Vertreter Stadtteilernrat entschuldigt
Frau Regina Lange - Vertreterin der Lehrkräfte entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.11.2022
- 3 Ständiger Tagesordnungspunkt Geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in Braunschweig
- 4 Mitteilungen

4.1	Mündliche Mitteilungen	
4.1.1	Sachstand Kinder- und Jugendbeteiligung	
4.1.2	Sachstand Kinderschutzzentrum in Braunschweig	
5	Anträge	
6	Doppelhaushalt 2023/2024 / Investitionsprogramm 2022-2027	23-20399
6.1	Doppelhaushalt 2023/2024 / Investitionsprogramm 2022-2027	23-20399-01
7	Anfragen	
7.1	Sachstand Kinderschutzzentrum	22-20265
7.1.1	Sachstand Kinderschutzzentrum	22-20265-01
7.2	Räumlichkeiten des Jugendzentrums Leiferde	22-20270
7.2.1	Räumlichkeiten des Jugendzentrums Leiferde	22-20270-01
7.3	Weiterführende Erziehungshilfen für steigende Fallzahlen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten	23-20328
7.3.1	Weiterführende Erziehungshilfen für steigende Fallzahlen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten	23-20328-01
7.4	Wann kommt zugesagte Kita im Wohngebiet "Vor den Hörsten"?	23-20356
7.4.1	Wann kommt zugesagte Kita im Wohngebiet "Vor den Hörsten"?	23-20356-01

Nichtöffentlicher Teil:

8	Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
9	Mitteilungen
10	Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bach eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.11.2022

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird mit vier Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 4

3. Ständiger Tagesordnungspunkt Geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in Braunschweig

Herr Albinus berichtet über die derzeitige Lage in Bezug auf die Situation der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Braunschweig.

Die sogenannte „+1-Regel“ zur Aufnahme je eines zusätzlichen Kindes in die Gruppen von Kindertagesstätten wurde vom Land bis zum Ende des Kita-Jahres verlängert.

4. Mitteilungen

4.1. Mündliche Mitteilungen

4.1.1. Sachstand Kinder- und Jugendbeteiligung

Herr Albinus führt aus, dass der im Jahr 2022 gestartete Beteiligungsprozess sehr gut angelaufen ist.

Frau Lampe skizziert den bisherigen Verlauf mit Workshops, unterschiedlichen Beteiligungsaktionen und der Unterstützung des Prozesses durch die Träger der freien Jugendhilfe. Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass Kinder und Jugendliche beteiligt werden wollen.

Der stellv. Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung formell, um den im Zuschauerraum anwesenden Vertretern des Stadtschülerrats Braunschweig, Herr Pladwig und Herr Koçtürk, die Möglichkeit zu geben, die bisherigen Ergebnisse des Beteiligungsprozesses aus ihrer Sicht darzustellen.

Im Anschluss nimmt der stellv. Ausschussvorsitzende die Sitzung formell wieder auf.

Die mündliche Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.1.2. Sachstand Kinderschutzzentrum in Braunschweig

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgt zugleich die Behandlung der Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.1.1.

Herr Albinus erläutert den aktuellen Sachstand und geht dabei auch auf den bisherigen zeitlichen Verlauf ein.

Gemeinsam mit den Trägern der freien Jugendhilfe soll das in Braunschweig bereits bestehende Netzwerk zum Kinderschutz gestärkt werden und Angebotslücken gefüllt werden. Der nächste Workshop wird am 07.03.2023 stattfinden, die konkrete Umsetzung soll voraussichtlich zum Spätsommer/Herbst 2023 erfolgen.

Das Kinderschutzzentrum als solches wird keine einzelne Anlaufstelle oder ein Haus sein, sondern ein auf die Vielfalt von bestehenden Jugendhilfeangeboten in Braunschweig angepasstes Konzept.

Die mündliche Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Doppelhaushalt 2023/2024 / Investitionsprogramm 2022-2027

23-20399

Es erfolgt eine Abstimmung über die einzelnen Positionen in der Reihenfolge der Anlagen 1.1 bis 1.5 und 3.

Einzelabstimmungsergebnisse:

Anlage 1.1:

FWE 78: im Namen der antragstellenden Fraktion zurückgezogen

FWE 101: im Namen der antragstellenden Fraktion zurückgezogen

FWE 152: dafür 14 dagegen 0 Enthaltung 0

Anlage 1.2:

Antrag SBR 330 zum B58: dafür 0 dagegen 13 Enthaltung 1

FWI 115: im Namen der antragstellenden Fraktion zurückgezogen

Antrag SBR 321 KJZ Watenbüttel: dafür 0 dagegen 14 Enthaltung 0

FWI 116: dafür 0 dagegen 14 Enthaltung 0

Anlage 1.3:

Lfd. Nr. 59-61 en bloc: dafür 14 dagegen 0 Enthaltung 0

Anlage 1.4:

Lfd. Nr. 54a-59b en bloc: dafür 14 dagegen 0 Enthaltung 0

Lfd. Nr. 60a: dafür 10 dagegen 2 Enthaltung 2

Lfd. Nr. 123-125 en bloc: dafür 14 dagegen 0 Enthaltung 0

Anlage 1.5:

FU 016: dafür 0 dagegen 13 Enthaltung 1

Anlage 3:

Maßnahme Nr. 2: dafür 14 dagegen 0 Enthaltung 0

Im Zuge der Abstimmung zu Anlage 1.4 lfd. Nr. 54a-59b merkt Frau Hartmann-Kasties an, dass das Raumprogramm für den Neubau von Kitas aus ihrer Sicht veraltet sei. Sie äußert den Wunsch der generellen Betrachtung dieses Themas im JHA.

Herr Kiegeland vom JURB weist nach den Abstimmungen auf einen Handlungsbedarf bei der Anpassung von Zuschüssen für Maßnahmen von Jugendverbänden hin. Aufgrund von Kostensteigerungen für Lebensmittel, Unterbringung, Transport und Energie solle eine geänderte Förderrichtlinie schnellstmöglich die Teilnehmendenbeiträge absenken. Der Jugendring hat hierzu am 18.01.2023 auch eine schriftliche Eingabe an die Ratsfraktionen versendet.

Herr Albinus erläutert, dass es zu diesem Thema keinen Dissens gebe, äußert aber auch sein Unverständnis über die gewählte Formulierung des JURB in der schriftlich verfassten Eingabe vom 18.01.2023, da hierdurch der Eindruck entstehen könnte, dass sich die Zusammenarbeit mit der Jugendförderung schwierig gestalte. Die Irritation über diese Formulierung konnte inzwischen ausgeräumt werden und man werde an die gewohnt gute Zusammenarbeit zwischen JURB und Jugendförderung anknüpfen.

Herr Tetzl teil mit, dass kurzfristig weitere Haushaltsanträge eingegangen sind, die die Sitzung des JHA zeitlich nicht mehr erreicht haben. Diese werden für die Sitzung des FPDA vorbereitet. Nach der Beschlussfassung des Rates über den Doppelhaushalt 2023/2024 wird der Jugendhilfeausschuss über die Abstimmungsergebnisse informiert.

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2023 / 2024 und dem Investitionsprogramm 2022 bis 2027 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2023/2024 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss lässt die Vorlage unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse über die Anlagen 1.1-1.5 und Anlage 3 passieren.

6.1. Doppelhaushalt 2023/2024 / Investitionsprogramm 2022-2027 23-20399-01

Es erfolgt eine Abstimmung über die einzelnen Positionen in der Reihenfolge der Anlagen 1 und 3.

Die Protokollierung der Einzelabstimmungsergebnisse erfolgt unter Tagesordnungspunkt 6.

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Doppelhaushalt 2023 / 2024 und dem Investitionsprogramm 2022 bis 2027 FB 51 betreffend wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Verwaltungsvorschlägen gefassten Abstimmungsergebnissen zugestimmt.
2. Die Bewirtschaftung der mit dem Teilhaushalt FB 51 2023 / 2024 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hat auf Grundlage der Ziel- und Maßnahmenplanung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen.

Ergänzung:

3. Die Maßnahme Nr. 2 „Ausbau der Betreuung von Schulkindern bis zu einer Versorgungsquote von 80 % zur Erfüllung des Rechtsanspruchs“ wird im Haushaltsentwurf 2023 / 2024 des Teilhaushalt FB 51 ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

**Der Ausschuss lässt die Vorlage unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse über die Anlagen 1.1-1.5 und Anlage 3 passieren.
(Siehe Protokollierung unter TOP 6)**

7. Anfragen

Mündliche Anfrage:

Frau Hartmann-Kasties erkundigt sich, ob es mit den hiesigen Energieversorgungsunternehmen Vereinbarungen bezüglich des Energiesperrens für Familien mit Kindern für z. B. Beratungsangebote gebe.

Herr Albinus teilt hierzu mit, dass das Land Niedersachsen einen Härtefallfonds eingerichtet hat und die Stadt Braunschweig derzeit prüfe, diesem beizutreten. Alternativ wird geprüft, die ohnehin vorhandenen Beratungsangebote im FB Soziales und Gesundheit zu drohendem Wohnraumverlust entsprechend zu stärken.

Stromsperren bei Familien mit Kindern können zu prekären Situationen bis hin zu Kindeswohlgefährdungen führen. Daher besteht mit dem lokalen Energieversorger eine Vereinbarung mit der Stadt, um drohende Energiesperren in solchen Fällen abzuwenden.

7.1. Sachstand Kinderschutzzentrum 22-20265

Die Anfrage wird unter Tagesordnungspunkt 4.1.2 behandelt.

7.1.1. Sachstand Kinderschutzzentrum 22-20265-01

Die Stellungnahme ist vor der Sitzung schriftlich ergangen und wird unter Tagesordnungspunkt 4.1.2 behandelt.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Räumlichkeiten des Jugendzentrums Leiferde 22-20270

7.2.1. Räumlichkeiten des Jugendzentrums Leiferde 22-20270-01

Die Stellungnahme ist vor der Sitzung schriftlich ergangen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Weiterführende Erziehungshilfen für steigende Fallzahlen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten 23-20328

7.3.1. Weiterführende Erziehungshilfen für steigende Fallzahlen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten 23-20328-01

Die Stellungnahme ist vor der Sitzung schriftlich ergangen.

Frau Braunschweig fragt zu der Beantwortung zu Frage 3, ob die Mitarbeitenden der Erziehungsberatungsstellen über eine spezielle Ausbildung für traumatisierte Geflüchtete verfügen.

Herr Albinus erläutert, dass nicht alle Geflüchteten zugleich auch traumatisiert seien. Zudem werde eng mit dem Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e. V. (NFTN) kooperiert. Hierzu wird eine gesonderte Mitteilung zugesagt.

Frau Braunschweig bittet um eine Vorstellung der Arbeit des NFTN im Jugendhilfeausschuss.

Herr Albinus sagt zu, dies möglichst für die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2023 einzuplanen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Wann kommt zugesagte Kita im Wohngebiet "Vor den Hörsten"? 23-20356

7.4.1. Wann kommt zugesagte Kita im Wohngebiet "Vor den Hörsten"? 23-20356-01

Die Stellungnahme ist vor der Sitzung schriftlich ergangen.

Frau Braunschweig merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht die gestellten Fragen beantworte. Auch die Drucksachen, auf die in der Stellungnahme Bezug genommen wird, würden die Fragen inhaltlich nicht beantworten. Zudem seien die meisten dort benannten Drucksachen für den Stadtbezirksrat 112 ergangen, für den sie kein Mandat innehave.

Herr Albinus weist darauf hin, dass die Stellungnahmen für Stadtbezirksräte öffentlich seien und ein Mandat zur Kenntnisnahme nicht erforderlich sei. Er sagt eine Prüfung zu, welche Fragen auch durch die benannten Drucksachen nicht beantwortet werden. Diese würden dann gesondert beantwortet werden.

Außerdem bittet er um Übersendung der von Frau Braunschweig benannten Zusage des Investors zum Bau der Kita auf der Vorhaltefläche „Vor den Hörsten“. Eine solche ist der Verwaltung nicht bekannt.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Nichtöffentlicher Teil:

8. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Es liegen keine Beratungsgegenstände für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 16:16 Uhr.

Stellv. Ausschussvorsitzender

Der Oberbürgermeister
I. V.

Protokollführung

gez.
Bach

gez.
Albinus

gez.
Schneider

AG Jugendparlament Ergebnisse

*Seit dem 26.11. „Wishbar“
Treffen bisher: 5*

-
- **Jugendparlament**
 - **Kinder- und Jugendbüro**
 - **Digitale Beteiligung**

Jugendparlament

Wir fordern eine konstante und demokratische Beteiligung der Jugendlichen Braunschweigs an der kommunalen Politik – Vertretung der Jugend auf kommunaler Ebene mit fachlich päd. Begleitung und Sachbearbeitung

Diese Beteiligung soll repräsentativ und niederschwellig sein, *Je mehr Lebensrealitäten von Jugendlichen beteiligt werden, desto mehr Interessen wird Raum gegeben*

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des JuPa sollen Arbeitsgemeinschaften sein:

“*Young Location*“ - “Vielfalt“ - “Hört uns zu“ – (insgesamt 8 Gruppen erarbeitet)

Budget – für Projekte des JuPa – Anteilnahme an der Umsetzung – nicht nur Empfehlungen

Zusammensetzung des JuPa – Wahlsystem, Satzung, Antrags- und Rederecht – Erarbeitung am 21.01.
„Wisherbar“

Kinder- und Jugendbüro

Pädagogische Betreuung - Sachbearbeitende Betreuung

Räumlichkeiten – Sitzungsaal – Büro > Safe Space

Anerkennung und Wertschätzung zeigen – durch optimale Rahmenbedingungen

Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche in Braunschweig

Ausstellung von Projekten von Jugendlichen - beispielsweise in einer Galerie

...

Digitale Beteiligungsmöglichkeiten

Digitale Umfragen und Mitbestimmungen - über eine App – Anonym als auch mit einer Möglichkeit der Kontaktaufnahme

Technische Voraussetzung und Ausstattung zur digitalen Teilnahme an Sitzungen oder Arbeitsgruppen - unter anderem Mikrofone, Lizenz für Übertragungsdienstleister – Verweis JHA

Darstellung der Ergebnisse des JuPa und aller weiteren Beteiligungsformate – über eine Website, Social Media Kanäle

Transparenz der Erarbeitungsprozesse und Projekte für andere Jugendliche und die Öffentlichkeit

...

Weitere Erarbeitung

- „Wisherbar“ am 21.01. mit der Jugendförderung Braunschweig
- Verweis „Initiative Starke Kinder- und Jugendparlamente“ des DKHW



**Danke für eure/Ihre
Unterstützung und
Aufmerksamkeit**